

SANFTER DRUCK VON UNTEN

...

In Marokko sitzt der König noch fest im Sattel. Souad Ouadia und ihre Tochter Chaymae würden das gern ändern. VON BEAT STAUFFER



Souad Ouadia mit ihrer Tochter Chaymae: Die ganze Familie engagiert sich in der Demokratiebewegung.

Als Treffpunkt hat Souad Ouadia ein trostloses Café neben einer Tankstelle an einer Ausfallstrasse von Marrakesch vorgeschlagen. Sie kommt in Begleitung ihrer Freundin Bouchra und ihrer Tochter Chaymae. Die Freundin hat ein Doktorat in Atomphysik und arbeitet in einem Callcenter, Chaymae besucht das Gymnasium. Souad, 48 Jahre alt, hat Geologie studiert und arbeitet seit zwanzig Jahren als Primarlehrerin in einem armen Vorstadtquartier von Marrakesch. Alle drei engagieren sich für die Demokratisierungsbewegung, die sich in Marokko «Bewegung des 20. Februar» nennt.

Souad trägt ein farbiges Kopftuch. Sie sei praktizierende Muslimin und trage es seit ihrem 15. Altersjahr, sagt sie. Mit den Islamisten hat sie dennoch nichts gemein; die politische Instrumentalisierung der Religion stört sie. Ihr Weltbild ist humanistisch geprägt. Werte wie Gerechtigkeit, Menschenwürde, Freiheit waren für Souad schon als Gymnasiastin wichtig, und sie sind es bis heute geblieben. Sie trat zwar nie einer Partei bei, weil sie sich mit keinem Parteiprogramm identifizieren konnte, aber sie engagierte sich stets für Dinge, die sie als wichtig empfand.

Souads Vater war Sekundarlehrer, und alle ihre Brüder und Schwestern haben studiert: Einer ist Ökonom, ein anderer Professor für Biochemie, ein dritter Informatiker, eine Schwester Ärztin. Nach dem Geologiestudium hätte Souad gern auf ihrem Fachgebiet weitergearbeitet, doch sie fand keine Stelle. Als sie eine Anstellung als Primarlehrerin an einer staatlichen Schule bekam, zögerte sie nicht lange. Dieser Stelle ist sie treu geblieben, auch weil sie lange die Einzige war, die für den Unterhalt der Familie sorgte. Ihr Mann, ein engagierter Gewerkschafter, wurde nach einem Arbeitskampf bei der staatlichen Post für acht Jahre ohne Lohn freigestellt und ist erst kürzlich rehabilitiert worden.

Souad interessierte sich bereits im Gymnasium für Politik. 1984 gab es in Marrakesch Streiks und Demonstrationen; Schüler trieben unter anderem einen Esel mit verbundenen Augen und einem am Schwanz festgemachten Bild von König Hassan durch die Strassen. Der König nannte die Marrakschis Barbaren und drohte, er würde die Stadt nie mehr besuchen. «Dieses Ereignis hat mich wachgerüttelt», sagt Souad. Sie beteiligte sich an Demonstrationen und wurde sechs Tage auf einem Polizeiposten festgehalten.

Ihr grösstes Engagement galt in den vergangenen zwanzig Jahren aber ihrer Familie und den Schülerinnen und Schülern im armen Vorstadtquartier Chaouf. Viele Familien lebten in prekären Verhältnissen, sagt Souad, die hygienischen Bedingungen seien meist miserabel, und viele Kinder müssten das Schlafzimmer mit ihren Eltern teilen. Im Quartier lebten zudem viele Randständige, dar-

unter Prostituierte und von ihren Ehemännern verstossene Frauen, die sich mit Gelegenheitsarbeiten durchs Leben schlugen.

Es sei deshalb kaum erstaunlich, dass Politiker der meisten Parteien in diesem Quartier Stimmen kauften. «Sie geben ihren Wählern einen Schuh vor den Wahlen und den anderen, wenn sie «richtig» abgestimmt haben», erzählt Souad. Ein Mann, der zu der im Café versammelten Runde stösst, bestätigt, dass Stimmenkauf gang und gäbe sei. In seinem Quartier würden die Wähler für ihre Stimme mit einem Sack Mehl oder gar mit einem Kühlschrank belohnt. Es entzündet sich eine lautstarke Diskussion über die Missstände im Königreich. Die Korruption sei unglaublich verbreitet, sie sei geradezu «das Grundgesetz» in Marokko. Die Lebenshaltungskosten stiegen Jahr für Jahr bei fast gleichbleibenden Löhnen. Viele Menschen lebten am Rand der Armut. Derweil tummelten sich im Umfeld des Palastes mafiose Figuren, die sich bereichern wollten. Das Land werde von einem Schattenkabinett regiert.

So direkt hat die «Bewegung des 20. Februar» den König nie angegriffen; nur auf Internetforen sind ab und zu bissige Bemerkungen über den Monarchen zu lesen. Doch die Aktivisten in Marrakesch und anderswo scheuen sich nicht, den «Mahkzen», den königlichen Machtapparat und seine Lakaïen, anzuprangern. «Der Mahkzen ist unser Hauptfeind!» sagt einer, der einer kleinen linken Partei angehört. Und Souad Ouadia ergänzt: «Jeder Mensch mit wachem Verstand und edler Gesinnung muss sich über die Verhältnisse in unserem Land empören und handeln.» Echte Reformen seien dringend nötig.

In der Familie von Souad Ouadia engagieren sich alle in der Demokratiebewegung: neben ihrem Ehemann Mohammed Charak und der 15jährigen Tochter Chaymae auch der 20jährige Sohn Yassine, der an einer Filmschule studiert. Souad ist stolz darauf, dass Yassine als einer der ersten in Marrakesch im vergangenen Februar via Internet zu einer landesweiten Demonstration aufgerufen hat. Seither wird im ganzen Land jeweils am zweitletzten Sonntag im Monat für Reformen demonstriert. Im April 2011 gingen in Marokko rund eine Million Menschen auf die Strassen.

Inzwischen ist die Bewegung allerdings geschwächt worden: durch Spaltungsversuche seitens der Behörden, durch das Projekt einer Verfassungsreform, das der Demokratiebewegung Wind aus den Segeln genommen hat, aber auch durch interne Konflikte. Was manche Beobachter vorausgesagt hatten, ist eingetroffen: Die Allianz zwischen überzeugten Islamisten und säkularen Kräften ist auseinandergebrochen. Vor rund zwei Monaten haben die Islamisten der mächtigen Vereinigung «Gerechtigkeit und Wohlfahrt» der Bewegung den Rücken gekehrt.

Souad Ouadia ist trotzdem zuversichtlich und von der Richtigkeit ihres Kampfs überzeugt. «Ich würde demonstrieren gehen, auch wenn nur zehn andere Personen dabei wären!» sagt sie. «Wer die Geschichte der Völker studiert hat», sagt sie, «weiss, dass sich auch in unserem Land Veränderungen aufdrängen.»

MAROKKO

Das Königreich erweist sich gegenüber der arabischen Demokratiebewegung als resistent. Zwar konnte die «Bewegung des 20. Februar», die sich für Reformen in Marokko einsetzt, einen gewissen politischen Druck erzeugen. König Mohamed VI. schlug seinen Untertanen eine Verfassungsreform vor, die in einem Referendum gutgeheissen wurde. In vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2011 machte die gemässigt islamistische Partei PJD am meisten Stimmen; sie stellt nun den neuen Regierungschef. Der «Bewegung des 20. Februar», die von jüngeren Menschen aus der Mittelschicht der grossen Städte getragen wird, ist es nicht gelungen, landesweit zu mobilisieren. Die Islamisten der Bewegung «Gerechtigkeit und Wohlfahrt» machen seit kurzem nicht mehr mit. Dennoch kann sich das Regime nicht in Sicherheit wiegen: die wirtschaftliche Not, die hohe Arbeitslosigkeit und die fehlende Perspektive für Millionen junger Menschen schüren das Protestpotential.

BEAT STAUFFER ist freier Journalist; er lebt in Basel.
Foto: ZAOUÏ FAYSSAL, Marrakesch.